

Luxemburg, 19. September 2020

Beschluss – Space laws

Ausschuss „Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung, Zusammenarbeit und Immigration“

(übersetzung der französischen Originalversion)

Einleitung:

Das politische und kommerzielle Interesse an der Weltraumnutzung steigt in dem Maße, in dem das Konzept mit etwa 16.000 erdnahen Asteroiden, die von der amerikanischen Firma Planetary Resources als „leicht erreichbar“ eingeschätzt werden, realistischer und umsetzbarer wird.

Trotz mehrerer Versuche, Einheitlichkeit zwischen den Ländern zu schaffen, beispielsweise hinsichtlich des Mondvertrags von 1979, hat sich die Weltraumgesetzgebung der größten Mächte seit dem Weltraumvertrag (Outer Space Treaty, OST) von 1967 nicht verändert.

Eine der Bestrebungen der Space-Mining-Branche besteht darin, eine klare Regelung für die Nutzung von Asteroiden zu finden. Mit dem Ziel, klare Regelungen für die Nutzung von Asteroiden festzulegen und die Extraktion der Materialien von Mond und anderen Himmelskörpern durch privatwirtschaftliche Unternehmen zu legalisieren, schuf das Großherzogtum Luxemburg 2017 einen nationalen Rechtsrahmen für die Regelung der Nutzung von Weltraumressourcen. Es handelt sich hierbei um die erste entsprechende Gesetzgebung in Europa und die zweite weltweit nach jener der USA aus dem Jahr 2015. Sie wird von vielen Fachleuten, darunter Prof. Frans G. von der Dunk,¹ als vorbildlich eingeschätzt und regelt die Rechte und Pflichten von Unternehmen, die in diese neue Branche, die bereits mehrere internationale Firmen nach Luxemburg gebracht hat, investieren wollen.

Wir erkennen die unterschiedlichen Vorteile an, sehen aber auch die Probleme, die derzeit aufgrund des Fehlens einer international gültigen Basis-Gesetzgebung, die das Verhältnis der Staaten im Weltraum untereinander regelt, und des Fehlens bestimmter Gesetze sowie der Ungenauigkeit einiger nationaler Regelungen noch bestehen.

¹ https://space-agency.public.lu/dam-assets/press-release/2016/2016_11_11PressReleaseNewSpacelaw.pdf

Das Jugendparlament:

- A. beobachtet, dass es hinsichtlich der Ressourcennutzung an Garantien für die Unternehmen fehlt. Tatsächlich ist es derzeit so, dass jedes Unternehmen an die Abbaustelle kommen kann, an der bereits ein anderes Unternehmen tätig ist, und dort ebenfalls die vorhandenen Rohstoffe abbauen kann. Das schadet der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, das zuerst da war.
- B. bedauert mangelnde Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren Weltraumaktivitäten. Tatsächlich musste die Europäische Weltraumorganisation (ESA) am 2. September 2019 ein Weltraummanöver auf einem ihrer Satelliten durchführen, um einem SpaceX-Satelliten auszuweichen. Weltraumaktivitäten sind teuer und ein Zusammenstoß zwischen zwei Weltraumobjekten ist für niemanden von Vorteil.
- C. nimmt die im OST angesprochene Problematik zur Kenntnis. Im OST ist in Artikel I festgelegt, dass die Erforschung und Nutzung des Weltraums zum Vorteil und im Interesse aller Länder durchgeführt werden. Die Umsetzung dieses Textes ist und bleibt unmöglich, da die ersten Jahre eines Unternehmens in der Weltraumbranche von Investitionen und nicht von Gewinnen geprägt sind.
- D. erkennt die Problematik in Zusammenhang mit Artikel IX des OST an, der darauf hinweist, dass die Vertragsstaaten angemessene Maßnahmen ergreifen müssen, um schädliche Kontamination und ungünstige Veränderungen zu verhindern. Weltraumschrott wird normalerweise nicht als „schädliche Kontamination“ gewertet. Uns ist aber aufgefallen, dass:
- fliegende Fragmente materielle Schäden an Folgemissionen verursachen können, so dass neue Fragmente entstehen, die wiederum andere Missionen gefährden, so dass ein Teufelskreis entsteht.
 - das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA) 2010 Richtlinien zur Reduzierung von Weltraumschrott herausgegeben hat, sich die Technologien für die Entfernung von Müll aus dem Weltraum jedoch erst in der Phase der Entwicklung, von Labortests und digitalen Simulationen befinden. es gibt lediglich eine Mission zur Reinigung des Weltraums, welche die ESA zusammen mit dem Start-up ClearSpace für 2025 geplant hat.
 - das zeigt, dass es zwar Präventionsmaßnahmen für diese Problematik gibt, der Weltraumschrott aber bereits vorhanden ist und es uns an politischen Verpflichtungen zur Erforschung der Weltraumreinigung fehlt.

Dieses Problem hemmt die Entwicklung der Weltraumaktivitäten und kommt zu den zahlreichen komplexen Herausforderungen hinzu, die Weltraumunternehmen (Space Mining) zu meistern haben.

- E. erkennt die Problematik in Zusammenhang mit Artikel VI an, der darauf abstellt, dass die Vertragsstaaten die volle Verantwortung für Schäden tragen, unabhängig davon, ob sie von ihnen oder von einem nichtstaatlichen Unternehmen verursacht wurden. Weltraumaktivitäten sind im Allgemeinen sehr kostspielig. Unfälle können daher zu enormen Schäden führen. Man denke nur an die durch den Absturz der Raumfähre Columbia verursachten Schäden. Diese Kosten können ein Unternehmen in die Insolvenz führen. Die Reparationskosten lasten dann auf dem Staat, in dem das Unternehmen ansässig ist.
- weiß, dass die Raumfahrt-Versicherung lediglich die Montage, die Integration der Tests, den Transport, die Vorbereitungsaktivitäten, den Beginn der Aktivitäten und das Leben in der Umlaufbahn, darunter das der Astronaut*innen, ihren Alltag usw. abdeckt.

Das Jugendparlament

1. schlägt die Einführung eines zeitlich begrenzten Nutzungsmonopols für ein Gebiet vor, um den Ländern, die sich eingebracht und/oder etwas entdeckt haben, einen zusätzlichen Vorteil zu gewähren. Die Länder, die bereits tätig sind, würden so proportional zu ihrem Engagement entschädigt, andere Länder ermutigt, stärker in das Space Mining zu investieren.
2. empfiehlt die Schaffung einer unpolitischen Organisation für Zusammenarbeit und Kommunikation nach dem Vorbild der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), die transparent arbeitet und über wenige Befugnisse verfügt, aber die Grundregeln für eine gute Durchführung der Aktivitäten festlegt. Die Organisation würde über eine Datenbank verfügen, in der die im Vorfeld von der Organisation an die Länder und Unternehmen, die Missionen durchführen, vergebenen Lizenzen sowie ihre jeweilige Position im Weltraum abgelegt sind. Sie wäre verpflichtet, dem ersten Antragsteller das gewünschte Gebiet zuzuweisen und hätte nicht die Befugnis, nach Gutdünken Lizenzen auszustellen.
3. spricht sich für den Austausch von Informationen aus, die für alle Länder zugänglich sind und der Weltraumforschung dienen.
 - Selbstverständlich bleibt dabei das Betriebsgeheimnis der Unternehmen gewahrt.

- Bei den veröffentlichten Informationen geht es um wissenschaftliche Erkenntnisse sowie weitere relevante Informationen, die neuen Unternehmen im Bereich des Space Mining und anderen Ländern helfen können. Derzeit verkünden viele junge Unternehmen, in das Space Mining einzusteigen, u. a. Kleos Space und Asteroid Mining Coporation Ltd. UK.
4. fordert die Verabschiedung von internationalen und nationalen rechtlichen Rahmenwerken für den Umgang mit Weltraumschrott, insbesondere mit Blick auf ein verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne einer Fortführung der Weltraumaktivitäten. Es braucht eine nachhaltige und verantwortungsvolle Herangehensweise, welche die Zukunft der Weltraumaktivitäten garantiert. Wir glauben darüber hinaus, dass die derzeit freie Rolle des in der Pflege des Weltraums führenden Landes von Luxemburg übernommen werden kann, wenn :
- sich das Land politisch dazu verpflichtet.
 - es gelingt, Start-ups und Forscher*innen anzuziehen, die gegen die Weltraumverschmutzung vorgehen. So würde Luxemburg diesen Weg weiter beschreiten, Verpflichtungen eingehen und eine Weltraumgesetzgebung vorlegen, die anderen Ländern als Vorbild dienen kann.
5. lädt ausländische Regierungen ein, Pflichtversicherungen einzuführen, die unabhängig von der bereits bestehenden verpflichtenden Raumfahrt-Versicherung sind und Schäden an Asteroiden usw. abdecken, die durch die Erforschung und Nutzung entstehen.

Schlussfolgerung

Der Weltraum ist das nächste strittige Gemeingut. Da es sich beim Space Mining um eine sehr moderne Form der Nutzung handelt, bleibt abzuwarten, wie sich die Branche entwickelt. Allerdings müssen wir uns schon heute mit eventuellen Problemen befassen. Auch wenn die Erforschung und Nutzung des Weltraums und interstellare Reisen für die Zukunft der Menschheit essentiell sind, wird die schiere Tatsache, dass sich in den erdnahen Asteroiden kostbare Materialien im Wert von mehreren Milliarden Dollar verbergen, zweifelsohne zu einem Wettrennen im Weltraum führen, wenn wir nicht unverzüglich angemessene Anreize und Regulierungsmechanismen schaffen. Informationsaustausch, eine Organisation, die als Regulierungsinstanz fungiert, und die Vermeidung von Weltraumschrott sind nur einige der Punkte, die ein solcher unbedingt in den nächsten Jahren zu verabschiedender Regelungsrahmen umfassen sollte. Es ist daher von unbedingter Wichtigkeit, dass wir uns auf ein weltweites Rahmenwerk einigen, das den Ländern als Leitfaden dient und für Transparenz, Fairness und Zusammenarbeit sorgt. Dieser Rahmen soll uns in einer für die gesamte Menschheit und nicht nur eine Handvoll Privilegierte besseren Zukunft einen.